



RUSSLANDS EINMISCHUNG IN DER UKRAINE LAGE IN DER OSTUKRAINE

■ ANALYSE		
	Russische Infrastrukturprojekte auf der Krim – eine Bestandsaufnahme Von Julia Kusznir (Bremen)	2
■ TABELLE ZUM TEXT		
	Bedeutende Infrastrukturprojekte auf der Krim	6
■ ANALYSE		
	Donbass: Sind die »Volksrepubliken« Marionettenstaaten? Von Nikolaus von Twickel (Berlin)	7
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
	Die OSZE zum bewaffneten Konflikt in der Ostukraine	10
	Die UNO zur humanitären Lage in der Ostukraine	10
	Aktuelle Entwicklung in den »Volksrepubliken« der Ostukraine	11
	Kampfhandlungen und Düsternis – Übersetzerbuchpreis für Donbass-Roman	14
<hr/>		
■ DEKODER		
	Krim Von Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin)	15
<hr/>		
■ CHRONIK		
	23. April – 6. Mai 2018	18

Russische Infrastrukturprojekte auf der Krim – eine Bestandsaufnahme

Von Julia Kuszniir (Bremen)

Zusammenfassung

Nach der Übernahme der politischen Kontrolle über die Krim hat Russland 2015 ein umfangreiches Förderprogramm für die regionale Infrastruktur ins Leben gerufen, das die Halbinsel in den kommenden Jahren von ukrainischen Lieferungen unabhängig machen soll. Der vorliegende Beitrag bietet einen Überblick über die Projekte in den Bereichen Wasser-, Strom- und Gasversorgung sowie Transport und beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit die Ziele schon erreicht wurden.

Einleitung

2015 hat Russland ein umfangreiches soziales und wirtschaftliches Förderprogramm für die Krim, einschließlich für die Stadt Sewastopol, bis zum Jahr 2020 ausgearbeitet, das die Halbinsel in den kommenden Jahren im Bereich der Infrastruktur, vor allem in Bezug auf die Wasser-, Strom- und Gasversorgung, von ukrainischen Lieferungen unabhängig machen und zu einer der wirtschaftlich dynamischsten Regionen Russlands machen soll.

Für die Realisierung des Programms wurden ursprünglich 681 Milliarden Rubel (zum damaligen Zeitpunkt etwa 9,5 Milliarden Euro) eingeplant. Der Finanzbedarf des Programms hat sich aber aufgrund steigender Bau- und Renovierungskosten jährlich erhöht und betrug Anfang 2018 mehr als 837 Milliarden Rubel (aktuell etwa 11,5 Milliarden Euro), die fast vollständig aus russischen Haushaltsmitteln kommen sollen. Zusätzlich erhält die Krim für ihre laufenden Kosten ebenfalls Subventionen aus dem Haushalt Russlands. Diese machen zwei Drittel des regionalen Haushalts aus, damit gehört die Halbinsel zu den am stärksten subventionierten Regionen Russlands.

Den ursprünglichen Plan Russlands, Unternehmen einen großen Teil der Infrastrukturprojekte privat finanzieren zu lassen, haben die westlichen und ukrainischen Sanktionen, die nach der Annexion der Krim gegen Russland verhängt wurden, verhindert.

Wasserversorgung

Vor der Annexion erhielt die Krim bis zu 85 Prozent der benötigten Wasserlieferungen aus der Ukraine. Der größte Teil des Wassers wurde für die Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen und für den Betrieb von Industrieunternehmen benötigt.

Als Reaktion auf die Annexion schloss die Ukraine im April 2014 die Schleusen des Nord-Krim-Kanals und stellte dadurch die Wasserlieferungen auf die Krim ein. Verhandlungen über eine Wiederaufnahme der Wasserversorgung führten zu keinem Ergebnis. Im April 2017 stellte die Ukraine einen neuen Staudamm am Nord-

Krim-Kanal fertig, der die Krim vom ukrainischen Wassersystem komplett abschneidet.

Die Blockade der Wasserversorgung durch die Ukraine hatte vor allem für die Landwirtschaft auf der Krim deutliche Folgen. Der Anbau von Getreide wurde stark eingeschränkt. Große Probleme gab es bei der Trinkwasserversorgung der großen Industriestädte auf der Halbinsel. Um die Wasserversorgung sicherzustellen, wurden artesischen Brunnen gebohrt, drei Wasserwerke gebaut und Stauseen in Betrieb genommen. Zusätzlich werden Wasserkanäle und Leitungen renoviert. Die russischen Behörden hoffen, dass die Krim durch diese Maßnahmen bis Ende 2019 ununterbrochen mit Wasser versorgt werden kann.

Die Wasserqualität ist unter anderem aufgrund des hohen Salzgehalts deutlich schlechter geworden. In einigen Orten wurde das Wasser bereits als nicht trinkbar eingestuft. Allein für die Lösung der Trinkwasserprobleme in Sewastopol werden nach Behördenangaben Investitionen in Höhe von 47 Milliarden Rubel (aktuell etwa 650 Millionen Euro) und 18 Jahre Sanierungsarbeiten nötig sein.

Für die Zukunft plant Russland weiterhin, eine Wasserleitung vom russischen Festland durch die Straße von Kertsch zur Krim zu verlegen.

Stromversorgung

Die Stromversorgung der Krim wurde zu 80 Prozent durch Lieferungen vom ukrainischen Festland sichergestellt. Nach der Annexion der Krim konnten sich Russland und die Ukraine zunächst auf die Fortsetzung der Stromversorgung einigen. Allerdings wurden die Stromlieferungen ab Juli 2014 nicht mehr vom ukrainischen Staat subventioniert. Ab September 2014 reduzierte die Ukraine ihre Stromlieferungen auf die Halbinsel dann kontinuierlich. Im Herbst 2015 organisierten ukrainische Aktivisten eine Energieblockade der Halbinsel. Zum Jahresbeginn 2016 stellten die ukrainischen Behörden die Stromlieferungen auf die Krim komplett ein.

Um die Stromversorgung der Krim zu gewährleisten, verlegte Russland Seekabel von der Region Kras-

nodar durch die Straße von Kertsch auf die Krim. Im Laufe des Jahres 2016 wurde die Gesamtkapazität dieser Leitungen auf 800 Megawatt ausgebaut. Zusätzlich hat Russland zahlreiche mobile Gasturbinenkraftwerke auf der Krim errichtet, um auch den Spitzenbedarf decken zu können.

Nach Angaben des russischen Energieministeriums betrug im Jahr 2017 die gesamte verfügbare Stromkapazität auf der Krim 1280 Megawatt, von denen 800 Megawatt über die »Energiebrücke« geliefert wurden, knapp 300 Megawatt von neu installierten Gasturbinenkraftwerken stammen und weitere knapp 200 Megawatt von den bereits vorher auf der Krim vorhandenen Anlagen.

Bis 2014 spielten die erneuerbaren Energien eine wesentliche Rolle bei der Stromerzeugung auf der Krim. Das erste Windkraftwerk wurde schon 1994 errichtet. Mit dem Förderprogramm der ukrainischen Regierung von 2009 erfolgte ein weiterer Ausbau. Die Produktionsanlagen (Solarkraftwerke und Windkraftwerke) wurden nach der Annexion von Russland beschlagnahmt. Da die Vorzugspreise für die Einspeisung erneuerbarer Energien von Russland abgeschafft wurden, können die Anlagen aber nicht mehr rentabel arbeiten. Demzufolge mussten viele Produzenten von erneuerbaren Energien auf der Krim ihren Betrieb einstellen. Längerfristig soll nach russischer Planung die Leistung der Solarstromanlagen auf der Krim aber ausgebaut werden.

Die Krise der Energieversorgung auf der Krim ist bisher nicht vollständig überwunden, denn bis zum heutigen Tag kommt es oft zum Zusammenbruch der Stromversorgung aufgrund technischer Probleme mit dem Übertragungsnetz. So erlebten die Bewohner der Halbinsel zum Beispiel im Juli 2017 einen massiven Stromausfall, der durch eine Abschaltung aller vier Seekabel der »Energiebrücke« ausgelöst wurde.

Deshalb wurde 2015 mit dem Bau von zwei Wärmekraftwerken mit einer Gesamtkapazität von 940 Megawatt begonnen; eines davon soll in Simferopol stehen, das zweite in Sewastopol. Die Kraftwerke sollen mit vom russischen Festland geliefertem Erdgas betrieben werden. Die Baukosten wurden auf über 70 Milliarden Rubel (aktuell knapp 1 Milliarde Euro) geschätzt. Die Fertigstellung der Kraftwerke war für 2018 geplant. Es kam aber zu erheblichen Verzögerungen, verursacht durch den Streit um die sanktionswidrige Lieferung von Gasturbinen auf die Krim.

Die russische Regierung beauftragte Technopromexport (TPE), ein Tochterunternehmen des staatlichen Technologiekonzerns Rostec, die Kraftwerke zu bauen. Es war aber offensichtlich, dass das Projekt auf Gasturbinen aus dem Westen angewiesen war, weil die in Russland hergestellten Turbinen von schlech-

terer Qualität und auf eine geringere Kapazität ausgerichtet sind.

Im Juni 2017 wurde bekannt, dass TPE von Siemens produzierte Turbinen auf die Halbinsel geliefert hatte, was den westlichen Sanktionen zuwiderläuft. Als Reaktion darauf reichte Siemens Strafanzeige gegen das russische Unternehmen ein und begründete dies damit, dass die Gasturbinen nur für die Errichtung eines Kraftwerks im südrussischen Taman gedacht waren und dass die Turbinen gegen den Willen des Konzerns auf die Krim geliefert wurden. TPE reagierte darauf mit einer Gegenklage gegen Siemens. TPE erklärte, die Turbinen seien in Russland auf dem Sekundärmarkt gekauft, dann modernisiert und weiter auf die Halbinsel transportiert worden, was im Einklang mit allen vertraglichen Verpflichtungen und dem Sanktionsregime sei. Im August 2017 lehnte das Moskauer Schiedsgericht und im Dezember 2017 dann das Oberste Gericht der Russischen Föderation die Klage von Siemens endgültig ab.

Gasversorgung

Für die Versorgung der Krim mit Erdgas war die Ukraine nicht von derart zentraler Bedeutung wie in Bezug auf die Stromversorgung. 2013 wurden zwei Drittel des Bedarfs – insgesamt 1,6 Milliarden Kubikmeter – in der Region selbst produziert. Einziger Erdgasproduzent war Tschornomornaftogaz, Tochterfirma des staatlichen ukrainischen Unternehmens Naftogaz, die bereits im März 2014 von der neuen Regierung der Krim konfisziert wurde. Aufgrund der westlichen Sanktionen konnte die Kontrolle über das Unternehmen nicht an den russischen Erdgasmonopolisten Gazprom übergeben werden. Tschornomornaftogaz konnte die Produktion jedoch im bisherigen Umfang fortführen.

Tschornomornaftogaz plante außerdem, weitere Erdgasfelder im Schwarzen Meer vor der Krim zu erschließen. Einem Bericht des russischen Ministeriums für Naturressourcen und Umwelt zufolge verfügt die Krim einschließlich der Meereszone im Schwarzen Meer über 44 Erdöl- und Erdgasfelder mit nachgewiesenermaßen 47 Millionen Tonnen Ölreserven und 165 Milliarden Kubikmetern Gasreserven.

Die Ukraine wehrt sich allerdings gegen die Übernahme der Erdgasproduktion auf der Krim durch Russland. So hat die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft Anfang Oktober 2014 ein Strafverfahren gegen Russland eingeleitet und Schadensersatz in Höhe von 15 Milliarden Hrywnja (derzeit etwa 1,2 Milliarden US-Dollar) gefordert. Im November 2016 gab auch Naftogaz bekannt, dass es aufgrund der Beschlagnahmung seines Öl- und Gasvermögens auf der Krim

gegen Russland klagt. Das Unternehmen fordert von Russland 2,6 Milliarden US-Dollar zum Ausgleich seiner Verluste.

Im September 2016 leitete die ukrainische Regierung gemäß Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982 ein Schiedsverfahren gegen Russland ein, um die Rechte der Ukraine auf die an die Krim angrenzenden Seegebiete im Schwarzen Meer, Asowschen Meer und in der Straße von Kertsch zu bewahren. Die ukrainische Regierung fordert von Russland, die Verletzung des Anspruchs der Ukraine auf Rohstoffvorkommen – inklusive Öl und Gas – und auf die Fischbestände einzustellen und für den entstandenen Schaden zu entschädigen. Als Reaktion darauf plant Russland, den Betrieb eines der größten Gasfelder im Schwarzen Meer – Odesskoje – einzustellen.

Um den Erdgasbedarf der Krim zu decken, der durch die beiden geplanten großen Gaskraftwerke noch steigen wird, wurde im Dezember 2016 die 400 Kilometer lange Gaspipeline »Krasnodar–Krim« mit einer Jahreskapazität von bis zu vier Milliarden Kubikmetern in Betrieb genommen. Die Erdgasversorgung der Krim ist dadurch erst einmal gesichert.

Verkehrsanbindung

Die Annexion der Krim führte auch zu umfassenden Veränderungen im Hinblick auf die Verkehrswege. Ende 2014 stellte die staatliche ukrainische Eisenbahngesellschaft den Zugverkehr auf die Krim aus Sicherheitsgründen dauerhaft ein. Da die Annexion international nicht anerkannt wird, können weder internationale Flug- noch Seereisen auf die Krim angeboten werden. Die Verkehrsanbindung der Krim ist deshalb vollständig auf Russland ausgerichtet.

Russland richtete 2014 eine direkte Zugverbindung von Moskau nach Simferopol ein, die ukrainisches Territorium umgeht. Dabei ist die Straße von Kertsch nur per Fähre zu überqueren, und die Fahrtzeit beträgt insgesamt 34 Stunden. Die Anzahl der die Fährverbindung nutzenden Passagiere stieg von 2,3 Millionen im Jahr 2014 auf 6,2 Millionen im Jahr 2017, was von einem Ausbau der Hafeninfrastuktur begleitet wurde. Obwohl die russische Regierung die Fährverbindung aufgrund der geringen Transportkapazität und der häufigen Wetterprobleme nur als vorübergehende Lösung für das Problem der Verkehrsanbindung betrachtet, ist sie immer noch die einzige umfassende Verkehrsanbindung zum russischen Festland.

Eine Folge davon war die starke Zunahme des zivilen Luftverkehrs. Nach Angaben des Flughafens Simferopol belief sich die Zahl der Flugpassagiere im Jahr 2013 auf circa 1,2 Millionen Menschen, wobei 70 Prozent aller Flüge internationale Flüge waren. 2016 betrug die

Anzahl der Passagiere 5,2 Millionen Menschen, die alle mit russischen Fluggesellschaften anreisten, da andere Fluggesellschaften die Krim aufgrund der internationalen Sanktionen nicht anfliegen.

Um Flüge auf die Krim attraktiver zu machen, hat die russische Regierung Steuervergünstigungen eingeführt und den Flughafen Simferopol in das staatliche Programm zur Subventionierung des Regionalverkehrs mit aufgenommen. 2018 sollen neue Terminals in Betrieb gehen und die Abfertigung von 6,5 Millionen Passagieren pro Jahr möglich machen.

Die langfristige Lösung des Anbindungsproblems soll durch eine Auto- und Eisenbahnbrücke von 19 Kilometern Länge über die Straße von Kertsch (die sogenannte Krimbrücke) erfolgen. Die Krimbrücke wird von Stroygazmontazh, einem der größten russischen Bauunternehmen, gebaut, das zum SGM-Konzern von Arkadi Rotenberg gehört, einem russischen Milliardär und engen Freund von Präsident Wladimir Putin.

Geplant sind für geschätzte Kosten von 228 Milliarden Rubel (ca. 3 Mrd. Euro) der Bau einer vierspurigen Autobahn, die täglich von bis zu 40.000 Autos befahren werden kann, sowie der Bau von zwei Eisenbahngleisen mit einer täglichen Kapazität von bis zu 47 Zügen. Die Brücke wird im Mai 2018 für den Straßenverkehr teileröffnet. Sie kann dann weder von LKW noch in voller Kapazität genutzt werden, da die Zufahrtsstraßen noch ausgebaut werden müssen. Die Bahnstrecke soll 2019 den Betrieb aufnehmen.

Zusätzlich entstehen Folgekosten, da auf der Krim Verbindungen zur Brücke gebaut werden müssen. Das Schienennetz auf der Krim muss ausgebaut, mehr Eisenbahnpersonal muss eingestellt werden. Zu den wichtigen Infrastrukturprojekten im Bereich Verkehr gehört auch der Bau der über 300 Kilometer langen, vierspurigen Autobahn »Tawrida«. Sie soll ab Ende 2020 die Stadt Kertsch mit Simferopol und Sewastopol verbinden. Die Kosten wurden ursprünglich auf 85 Milliarden Rubel geschätzt und liegen mittlerweile bei 144 Milliarden Rubel (aktuell etwa 2 Milliarden Euro).

Um die gestiegenen Kosten auszugleichen, wurden zum einen die Mittel für andere Infrastrukturprojekte auf der Krim gekürzt. Zum anderen wurden der Krim Haushaltsmittel, die für andere Regionen, zum Beispiel für den Nordkaukasus oder den Fernen Osten, vorgesehen waren, zur Verfügung gestellt.

Umsetzungsprobleme

Die westlichen Sanktionen und fallende Ölpreise auf dem Weltmarkt machen es der russischen Regierung schwer, die Staatseinnahmen auf dem notwendigen Niveau aufrechtzuerhalten und die Infrastrukturprojekte auf der Krim weiter problemlos zu finanzieren.

Es wird dringend nach neuen Finanzierungsquellen gesucht. Die staatlichen Haushaltspläne werden erneut überarbeitet und andere regionale Förderprogramme zugunsten der Krim gekürzt oder gestrichen.

Außerdem beklagen die russischen Behörden Misswirtschaft und Inkompetenz der regionalen Verwaltung bei der Verwendung der föderalen Fördermittel. In den vergangenen Jahren wurden immer wieder Skandale aufgedeckt, wegen Unterschlagung föderaler Gelder und wegen Korruption. Laut Medienberichten sind diese Probleme auch nicht schnell zu lösen, da es nach der Annexion zur keinem Austausch der Eliten in den regionalen Machtstrukturen kam. Die alten Kader, ihre Clans und Familienangehörige, die an den Projekten beteiligt sind, unterstützen sich gegenseitig. Zur Bekämpfung der Korruption und zur Erhöhung der Effizienz der regionalen Verwaltung wurden Beamte aus der föderalen Verwaltung eingestellt. Außerdem wurde 2016 eine besondere Kommission für die Verwaltung des Förderprogramms ins Leben gerufen.

Darüber hinaus versucht die russische Regierung, russische Unternehmen für die Investition in die Infrastrukturprojekte zu gewinnen. 2015 wurden eine freie Wirtschaftszone auf der Halbinsel geschaffen und Steuerergünstigungen eingeführt. Die Unternehmen hatten es wegen der westlichen Sanktionen und der feh-

lenden institutionellen Rahmenbedingungen aber nicht eilig, sich an den Infrastrukturprojekten zu beteiligen. Damit bleiben die Projekte auch zukünftig eine hohe Belastung für den Staatshaushalt.

Fazit

Die Infrastruktur auf der Krim wurde in den letzten drei Jahren mit Hilfe von Investitionen aus Russland wesentlich verändert. Die drängendsten Probleme der Wasser- und Energieversorgung wurden bewältigt. Für alle Bereiche der Infrastruktur wurden langfristige Lösungsansätze entwickelt.

Die Situation ist allerdings in vielen Bereichen prekär. Die Krim leidet weiterhin unter den westlichen und ukrainischen Sanktionen, die sowohl Investitionen und technische Ausstattung als auch den Flug- und Schiffsverkehr drastisch einschränken. Gleichzeitig bestehen weiterhin Konflikte mit der Ukraine, insbesondere im Zusammenhang mit der Erdgasindustrie und den Erdgasvorkommen.

Ein weiteres Problem sind die langfristigen Kosten der Infrastrukturprojekte. Das russische staatliche Förderprogramm endet im Jahr 2020. Eine Anschlusslösung für den fortwährenden immensen Finanzbedarf ist nicht in Sicht.

Über die Autorin:

Julia Kusznir hat als Postdoctoral Fellow an der Jacobs University in Bremen gearbeitet. Schwerpunkte ihrer Forschung sind Energiepolitik in Mittel- und Osteuropa, Föderalismus und Regionalisierungsprozesse in Russland, Stabilisierung und Konsolidierung autoritärer Regime, Interaktion wirtschaftlicher und politischer Akteure sowie die Form informeller Institutionen und Praktiken und ihre Auswirkung auf die politischen Prozesse in den GUS-Staaten.

TABELLE ZUM TEXT

Bedeutende Infrastrukturprojekte auf der Krim

Tabelle 1: Bedeutende Infrastrukturprojekte auf der Krim – ein Überblick
(Stand: Februar 2018)

Bereich	Infrastrukturprojekt	Gesamtkosten (umgerechnet in Mio. Euro)	Zustand	Zeitpunkt der Inbetrieb- nahme
Stromnetz	»Energiebrücke« Kuban–Krim (Seekabel unter der Straße von Kertsch, 800 Megawatt)	642	In Betrieb	Mai 2016
Stromerzeugung	Bau von zwei Kraftwerken – Simferopol und Sewastopol (insgesamt 940 Megawatt)	965	Im Bau	Sollen bis 2019 fertiggestellt sein
Gasversorgung	Gaspipeline »Region Krasnodar– Krim«	271	In Betrieb	Dezember 2016
Flughäfen	Flughafen Simferopol – Bau eines neuen Terminals	434	Im Bau	Soll 2018 vollständig in Betrieb genommen werden
Flughäfen	Flughafen Sewastopol – Bau eines Terminals für den zivilen Luft- verkehr	92	In Planung	2019 bis 2020
Eisenbahnverbindung	Anbindung (Schienennetz) an die Eisenbahnbrücke über die Straße von Kertsch	229	Im Bau	2019
Eisenbahn- und Autobahn- verbindung	Brücke über die Straße von Kertsch	3.094	Im Bau	Soll im Dezem- ber 2018 für den Autover- kehr und im Dezember 2019 für den Bahnverkehr eröffnet werden
Autobahnen	Autobahn »Tawrida« (Kertsch– Simferopol–Sewastopol)	1.954	Im Bau	Erstes Teil- stück – 2018 Zweites Teil- stück – 2020
Wasserversorgung	Stausee »Sokolinskokoje«	23	Das Projekt wurde aus- gesetzt	
Wasserversorgung	Wasserwerke für den Nord-Krim- Kanal	K. A.	In Betrieb	2016

Quelle: Zeitung *Kommersant.ru*, *Ključevye infrastrukturnye proekty Kryma*, 17.03.2017, <<https://www.kommersant.ru/doc/3243608>> sowie Ergänzungen der Autorin Julia Kusznir.

Donbass: Sind die »Volksrepubliken« Marionettenstaaten?

Von Nikolaus von Twickel (Berlin)

Zusammenfassung

Die beiden »Volksrepubliken« in der Ostukraine, Donezk und Luhansk, sind nach eigenem Bekunden selbständige Staaten und streben langfristig einen Zusammenschluss mit Russland an. Bei genauerem Hinsehen besitzen sie aber bereits jetzt nur wenig echte Eigenständigkeit. Vor allem wirtschaftlich und militärisch, aber auch politisch hängen die Separatisten von Moskau ab – und zwar deutlich stärker als die anderen separatistischen Gebiete im postsowjetischen Raum. Das macht sie zu klassischen Marionettenstaaten, in denen eine ausländische Macht die Geschicke des Landes bestimmt.

Geschichte: Moskau war mehr als nur Geburtshelfer

Die ostukrainischen »Volksrepubliken« wurden am 7. April 2014 in Donezk bzw. am 27. April 2014 in Luhansk von örtlichen Aktivisten ausgerufen. In den Wochen zuvor hatten tausende prorussische Demonstranten in beiden Städten gegen die neue Regierung in Kiew und für einen Anschluss ihrer jeweiligen Gebiete (*oblasti*) an Russland demonstriert. Die Kundgebungen im Donbass hatten Anfang März begonnen (am 1. März in Donezk und am 2. März in Luhansk), zwei Tage nachdem die bewaffneten »grünen Männchen« auf der Krim die russische Annexion eingeläutet hatten.

Ukrainische Politiker und Journalisten werfen Russland vor, diese Kundgebungen initiiert und gesteuert zu haben. In Medienberichten hieß es, viele der Demonstranten seien aus Russland gekommen. Bereits am 3. März 2014 forderte der damalige Gouverneur von Donezk Serhij Taruta die Schließung der Grenze zu Russland, um »subversive Aktivitäten« ausländischer Bürger zu unterbinden (Taruta 2014).

Für eine gezielte Steuerung aus Russland spricht auch, dass es eine separatistische Bewegung solchen Ausmaßes in der Ostukraine bis dato nicht gegeben hatte. Die Anführer der Proteste waren bis dahin weitgehend unbekannt – einige von ihnen waren allerdings Jahre zuvor in Sommerlagern der Kremljugend am Seligersee in Russland gesehen worden (Bessonova 2015).

Verdächtig ist auch, dass die Proteste im Donbass nicht spontan mit dem Erfolg der Euromaidan-Revolution in Kiew begannen (Präsident Wiktor Janukowitsch war am 22. Februar geflohen), sondern erst eine Woche später, fast zeitgleich mit der militärischen Aktion auf der Krim. Am 28. Februar hatte Alexander Saldostanow (Spitzname »Chirurg«), Anführer der Motorradgang »Nachtwölfe« und Vertrauter von Russlands Präsident Wladimir Putin, den Beginn einer prorussischen Rallye durch die Ostukraine und die Krim angekündigt, die er »Russkaja vesna« (russischer Frühling) nannte.

»Russkaja vesna« wurde zum Markennamen der prorussischen Bewegung, die sich im Laufe des März um die »Volksgouverneure« Pawel Gubarew in Donezk und Waleri Bolotow in Luhansk formierte. Die Proteste blieben zunächst weitgehend friedlich, allerdings stürmten einige Teilnehmer mehrmals die Gebietsverwaltungen. Große Massenproteste wie auf dem Kiewer Maidan blieben aus; in der Millionenstadt Donezk wurden die Teilnehmer an der größten Demonstration am 2. März auf 4.000 geschätzt.

Am 6. April wurden die Proteste gewalttätig. Demonstranten in Luhansk nahmen das Gebäude des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU ein, womit ihnen ein kleines Waffenarsenal in die Hände fiel. Am darauffolgenden Tag kündigte die neue Regierung in Kiew an, die Aufstände niederzuschlagen. Eine Woche später brachte ein offenbar aus Russland eingereistes Kommando unter dem russischen Geheimdienstagenten Igor Girkin (Deckname »Strelkow«) gewaltsam strategische Gebäude in den Städten Slowjansk und Kratomorsk unter seine Kontrolle.

Dieser Wandel resultierte möglicherweise aus dem mangelnden Erfolg der Proteste, die nicht, wie von manchen im Kreml erhofft, die nötige Legitimität für eine Annexion schufen: »Der folgende ›Bürgerkrieg‹ [...] war wohl Moskaus Plan B. [...] Ein improvisiertes Szenario, das sich spontan aus den zunächst unbewaffneten, aber gescheiterten Umsturzversuchen durch von Russland gesteuerte Aktivisten entwickelte«, schreibt etwa Ukraineexperte Andreas Umland (Umland 2016).

Hinweise auf Fremdbestimmtheit

Ihre Legitimität führen die »Volksrepubliken« auf sogenannte »Referenden« zurück, die am 11. Mai 2014 in Donezk und Luhansk zeitgleich abgehalten wurden – obwohl es zwischen den Separatisten beider Gebiete zuvor wenig bis gar keine Koordinierung gegeben hatte.

Die Abstimmungen, die wie zuvor das »Referendum« auf der Krim am 16. März ohne Zustimmung, geschweige denn Beteiligung der Kiewer Zentralregie-

rung erfolgten, ergaben knapp 90 Prozent (Donezk) beziehungsweise 96 Prozent (Luhansk) Zustimmung für die »Volksrepubliken« und wurden vom Westen scharf kritisiert.

Ähnlich gut abgestimmte Wahlen wurden zeitgleich im November 2014 abgehalten, als die Anführer sowie Parlamente beider »Volksrepubliken« (mit großer Mehrheit) gewählt wurden, sowie im Oktober 2016, als sowohl Donezk als auch Luhansk »primaries« genannte Vorwahlen durchführten. In keiner der Abstimmungen waren Kritiker oder gar Gegner der Separatisten zugelassen.

Hinweise auf eine Koordinierung von außen, nämlich aus Russland, verdichteten sich nach dem Referendum im Mai, als plötzlich eine Reihe russischer Staatsbürger Führungspositionen in den »Volksrepubliken« übernahmen: In Donezk wurde Alexander Borodai, ein Moskauer Politberater, »Premierminister«, der bereits erwähnte Girkin alias Strelkow wurde Verteidigungsminister. Im Juli kam noch der aus Transnistrien stammende Wladimir Antjufjew als Stellvertreter Borodais dazu.

In Luhansk wurde der russische Politologe Marat Baschirow »Premierminister« und Nikolai Kosizyn, ein einflussreicher Kosakenführer aus der russischen Region Rostow, wurde Feldkommandeur in der Stadt Antrazyt.

Doch bis Herbst 2014, als die ersten Friedensverhandlungen in Minsk stattfanden, wurden die »russischen Separatisten« einer nach dem anderen abgelöst. In Donezk mussten Borodai und der kompromisslose Girkin abtreten, in Luhansk traf es den einheimischen und äußerst selbstbewussten Bolotow. Noch im August wurden Alexander Sachartschenko in Donezk sowie Igor Plotnizki in Luhansk als Republikführer installiert.

Seitdem hat offenbar das von Moskau mitunterzeichnete Minsker Abkommen dafür gesorgt, dass es keinerlei offene Beziehungen zwischen Russland und den Volksrepubliken gibt. Mit dem Abkommen verpflichtete sich der Kreml, die territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren und am Ziel einer friedlichen Reintegration der »bestimmten Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk« genannten Separatistengebiete mitzuarbeiten.

Hoher Grad der Abhängigkeit

Dennoch gibt es nach wie vor wenige bis gar keine Anzeichen dafür, dass die »Volksrepubliken« eine von außen unabhängige eigenständige Politik machen. Das Leitmotiv aller politischen Handlungen, die aus Donezk und Luhansk nach außen dringen, ist stärkere Integration mit Russland. Meinungsverschiedenheiten sind zwar vorstellbar, da Moskau wegen seiner Minsker Ver-

pflichtungen darauf nur bedingt eingeht (siehe oben), sind aber nicht vernehmbar.

Die Entwicklungen von 2017 haben dafür gesorgt, dass der Grad der wirtschaftlichen Abhängigkeit der »Volksrepubliken« von Russland weiter gestiegen ist. Als Folge der von der Ukraine verhängten Handelsblockade mussten die Betriebe innerhalb der Separatistengebiete Rohstofflieferanten und Absatzmärkte komplett neu beim östlichen Nachbarn suchen. Solange aber Russland die »Volksrepubliken« nicht anerkennt, können diese offiziell keine Industrieprodukte in das Land exportieren, weil Zertifizierungen fehlen.

Als Antwort auf die Blockade zwangen die Separatisten allen verbleibenden Betrieben eine »externe Verwaltung« mit von ihnen ernannten Personen auf. Diese faktische Enteignung hatte zum Ziel, die Steuerzahlungen der Unternehmen von der Ukraine an die »Volksrepubliken« umzuleiten. Ob dadurch deren Abhängigkeit von russischen Subventionszahlungen verringert werden konnte, ist aber unklar. Berichten zufolge stehen viele Betriebe seitdem still.

Anfang 2017 gingen die ukrainischen Behörden davon aus, dass knapp 82 Prozent der Haushaltsmittel der »Volksrepublik Luhansk« (9 von 11 Milliarden Rubel) aus Russland stammen. Insgesamt werden die laufenden russischen Subventionen zum Erhalt der »Volksrepubliken« auf mindestens 1 Milliarde Euro pro Jahr geschätzt – sie kommen aus dem als geheim eingestuften Teil des russischen Staatshaushalts (von Twickel 2018).

Auch militärisch müssen Donezk und Luhansk als mehr oder weniger vollständig von Russland abhängig gelten – auch wenn Putin die separatistischen Truppen 2015 berühmterweise als »ehemalige Traktoristen und Bergleute« bezeichnete. Während es 2014 und 2015 zahlreiche Berichte über die Teilnahme regulärer russischer Truppen an den Kämpfen in Ilowajsk und Debalzewe gab, gehen Experten davon aus, dass die Mehrzahl der militärischen Verbände derzeit aus Einheimischen besteht und dass russische Truppen dauerhaft vor allem als Ausbilder und Kommandeure auf ukrainischem Gebiet sind. Sehr wichtig sind wohl Nachschub und Logistik aus Russland – allein die seit 2014 verschossene Munition kann unmöglich aus dem Donbass stammen.

Keine Kontrolle ist perfekt

Während der Grad der Abhängigkeit der »Volksrepubliken« von Russland also deutlich über »gute Beziehungen zu einer Hegemonialmacht« hinausgeht, ist Moskaus Kontrolle alles andere als perfekt. Das wurde vor allem vor und während des »Putsches« in der »Volksrepublik Luhansk« im November 2017 sichtbar, als es

dort zum offenen Machtkampf zwischen den Separatisten kam.

Hier musste Moskau Republikchef Plotnizki fallen lassen und Geheimdienstchef Leonid Passetschnik an die Macht lassen, nachdem klar wurde, dass niemand bereit war, für den langjährigen Kreml-Protegé auf die Straße zu gehen. Plotnizki ist seither verschwunden und befindet sich unbestätigten Berichten zufolge in Russland. Eine Rolle könnte auch gespielt haben, dass der neue starke Mann Passetschnik mächtige Fürsprecher im russischen Inlandsgeheimdienst FSB hat.

Dennoch spricht nicht viel dafür, dass Donezk und Luhansk bald wirkliche Eigenstaatlichkeit besitzen werden. Die Separatisten können sich kaum auf historische Wurzeln beziehen: Die Sowjetrepublik Donezk-Kriwoi Rog von 1918 hatte nur wenige Wochen Bestand und gilt manchen heute ebenfalls als Marionettenstaat. Dazu kommt, dass die jetzt herrschenden Eliten in den »Volksrepubliken« keine wirklichen Separatisten sind, sondern von einer Einheit mit Russland träumen.

Für Moskau ist die Situation von Nutzen, weil es weiter die Geschicke der »Volksrepubliken« bestimmen und die Konflikte in der Ukraine schüren kann, ohne

dafür offiziell Verantwortung zu übernehmen – es tut weiter so, als sei es nur Mittelsmann in einem innerukrainischen Konflikt. Für die Akteure in Donezk und Luhansk ist die Situation von Nutzen, weil sie in einem praktisch rechtsfreien Raum ihren Ruf als »Banditenrepubliken« pflegen können.

Ausblick

Doch die Risiken liegen auf der Hand. Mit mindestens 2,5 Millionen Einwohnern sind die »Volksrepubliken« größer als alle anderen postsowjetischen Separatistengebiete zusammen. Anders als die von Georgien abtrünnigen Regionen Südossetien oder Abchasien genießen Donezk und Luhansk keine Unabhängigkeit, während sie 20 Jahre lang am Tropf des großen Bruders hängen. Die Subventionskosten sind in der russischen Regierung bereits jetzt umstritten. Sie drohen weiter zu wachsen, wenn es nicht gelingt, die Volksrepubliken wirtschaftlich mit Russland zu vereinen. Doch eine Anerkennung oder Annexion würde den brüchigen Friedensprozess vollends zerstören. Diese Zwickmühle ist womöglich der Schlüssel, um Russland zum Einlenken zu bewegen.

Über den Autor:

Nikolaus von Twickel ist freier Journalist in Berlin mit Schwerpunkt Ukraine und Russland. 2015/16 war er Medienverbindungsoffizier für die OSZE-Beobachtungsmission in Donezk. Für den Deutsch-Russischen Austausch e. V. schreibt er regelmäßig einen Newsletter über die Situation in den »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk – nachzulesen auf <http://www.civicmonitoring.org/>. Den aktuellen Newsletter drucken die Ukraine-Analysen in dieser Ausgabe nach (siehe Seite 11–13).

Im Text zitierte Literatur:

- Serhij Taruta: My oprotestuem vse rešenja, kotorye byli prinjaty deputatami Doneckogo oblsoweta po prynuženiju. In: Zerkalo Nedely, 03. März 2014, https://zn.ua/columnists/podavlyayuschee-bolshinstvo-zhiteley-donbassaza-sohranenie-celostnosti-ukrainy-140268_.html
- Inna Bessonova: Proekt DNR: Respublika deset let nazad. In: 112.ua, 23. April 2015, <https://112.ua/statji/proekt-dnr-respublika-desyat-let-nazad-223313.html>
- Alexander Saldostanow: Bajkery »Nočnie Volky« provedut avtoprobeg po vostoku Ukrainy i Krymu. In: RIA Nowosti, 28. Februar 2014, <https://ria.ru/society/20140228/997534062.html>
- Andreas Umland: What is the nature of the »Ukraine crisis«? In: openDemocracyR, 15. November 2016, <https://www.opendemocracy.net/od-russia/andreas-umland/glazyevs-tapes>
- Nikolaus von Twickel: Annual Report on the Events in the »People's Republics« of Eastern Ukraine 2017. DRA 2018, <http://www.civicmonitoring.org/annual-report-on-the-events-in-the-peoples-republics-of-eastern-ukraine-2017/>

Die OSZE zum bewaffneten Konflikt in der Ostukraine

Seit März 2014 ist die OSZE-Sonderbeobachtermission (SMM) in der Ukraine tätig. Ziel der unbewaffneten, zivilen Mission ist es, die Sicherheitslage zu beobachten, unparteilich und objektiv Bericht zu erstatten, vor Ort über konkrete Vorfälle zu berichten und den Dialog zwischen den Betroffenen zu erleichtern. Die Ukraine-Analysen präsentieren hier Auszüge aus dem aktuellen Zwischenbericht vom 2. Mai 2018.

OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM): Status Report, 2 May 2018

- Between 16 and 29 April 2018, the SMM recorded almost 8,300 ceasefire violations along the contact line in the east of Ukraine—a ten per cent decrease on the previous two-week reporting period. There was a notable upsurge in violence on 24 and 25 April, during which 30 per cent of the total number of recorded ceasefire violations occurred.
- The ongoing violence resulted in a number of civilian casualties, with six people killed and 17 injured. This brings the total number of civilian casualties confirmed by the SMM since the beginning of the year to 74, including 18 fatalities. (...)
- During the reporting period, the SMM's freedom of movement remained restricted due to the presence of mines and unexploded ordnance on both sides of the contact line, as well as due to restrictions, mostly denied access, by members of the armed formations (23 times) and by the Ukrainian Armed Forces (five times). In one incident on 28 April at a checkpoint near Horlivka, members of the armed formations threatened to detain patrol members (see <www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/379075>). Moreover, the sides continue to target SMM unmanned aerial vehicles, jamming them and directing small-arms fire at them.
- Since 18 April, the SMM has been facilitating and monitoring access for Voda Donbassa water company employees to and from the Donetsk Filtration Station after employees came under small-arms fire and were wounded on 17 April. The Donetsk Filtration Station is an important civilian infrastructure facility that supplies water to more than 300,000 people on both sides of the contact line.

SMM daily reports are available in three languages (English, Ukrainian and Russian) on the OSCE website: <www.osce.org/ukraine-smm/reports> (...)

Quelle: OSZE, *Status Report, 2 May 2018*, <<https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/379768?download=true>>

Die UNO zur humanitären Lage in der Ostukraine

UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA):

Four years of conflict in Ukraine leave 4.4 million people in a dire humanitarian situation

(New York, 20 April 2018)—The Resident and Humanitarian Coordinator in Ukraine, Mr. Neal Walker, today briefed Member States and International Organizations on the dire humanitarian situation faced by 4.4 million conflict-affected people in eastern Ukraine. After four years of conflict, 3.4 million people in Ukraine are struggling to cope with the impact of the humanitarian crisis and urgently require humanitarian assistance and protection.

Every day, the armed conflict in eastern Ukraine forces millions of civilians to make impossible choices whether they eat, have medicine, or their children go to school. Critical civilian infrastructure is severely impacted, as ceasefire agreements are consistently disregarded. There were on average 40,000 violations per month last year alone. During his briefing, Mr. Walker said that, “only this week, five water treatment workers were shot while trying to maintain critical water infrastructure along the “contact line”. Today, water supplies to over 345,000 civilians hang in the balance. Last year alone, over 130 incidents affected critical water infrastructure”.

Over 600,000 people, including 100,000 children, bear the brunt of the continued armed clashes along the 457-km ‘contact line’. Every month, over 1 million people are forced to cross the “no-man’s land” through checkpoints, many to simply access basic humanitarian and social services. More than 2,500 civilian men, women and children have been killed, and over 9,000 injured, since hostilities began four years ago.

Explosive hazard contamination in eastern Ukraine is impacting 1.9 million people, including around 200,000 children. The use of landmines across urban areas, farmland and the checkpoints is a constant concern. “Last week, landmines killed a family of four in eastern Ukraine. In 2017, over 235 civilians were killed or injured by landmines and other explosive remnants of war,” said Mr. Walker.

The humanitarian community is committed to meeting the humanitarian needs of all conflict-affected people in Ukraine. In December 2017, humanitarian agencies launched a highly prioritized US\$187 million appeal to reach over 2.3 million of the most vulnerable people in Ukraine with assistance and protection services. So far, this appeal remains largely unfunded. In his concluding remarks, Mr. Walker said: “Today, I call on Member States to stand in solidarity with conflict affected people in Ukraine and to help urgently address this 97 per cent funding gap. I continue to call on the parties to the conflict to take all measures necessary to ensure international humanitarian law is respected—civilians and civilian infrastructure must be protected. The only solution to the crisis in eastern Ukraine is peace. We do not want to mark any further anniversaries of continued conflict.”

Quelle: UNOCHA, Bericht vom 20. April 2018, <<https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/20180420%20HC%20Statement%20-%20anniversary%20of%20the%20conflict%20in%20E.%20Ukraine.pdf>>

Aktuelle Entwicklung in den »Volksrepubliken« der Ostukraine

Zur Dokumentation aktueller gesellschaftspolitischer Entwicklungen in den selbsternannten »Volksrepubliken Donezk und Luhansk« veröffentlichen die Ukraine-Analyse hier den 27. Newsletter *Developments in »DNR« and »LNR«* von Nikolaus von Twickel. Der Newsletter basiert auf der Auswertung öffentlich zugänglicher Internetquellen und ist im Rahmen des Projekts »Menschenrechtsschutz in der Ostukraine 2018« des Deutsch-Russischen Austausch (DRA e. V.) entstanden. Das Projekt wird durch das Auswärtige Amt gefördert. Ansprechpartner beim DRA ist Tim Bohse (tim.bohse@austausch.org). Der Newsletter ist unter <www.civicmonitoring.org> im Internet archiviert, dort findet man auch die Internetadressen der im Text genannten Originalquellen. Wir danken dem DRA und Nikolaus von Twickel für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Developments in “DNR” and “LNR”: 05 February—27 April 2018 (Newsletter 27) 3. Mai 2018

Summary

After more than three months without network coverage, the Vodafone mobile operator has begun working again in the “Donetsk People’s Republic”. However, it is not clear why and for how long. The security services in Luhansk and Donetsk, known as MGB, continue to parade people confessing to be spies on video. And while the separatists keep talking about integration with Russia, the economic situation in the “People’s Republics” remains precarious.

Vodafone blackout ends after more than three months

Mobile phone communications inside the Donetsk “People’s Republic” were restored on April 27, when the Vodafone Ukraine operator came back into service after an outage that had lasted since January 11.

The move came as a surprise to many who thought that mobile phone communication was becoming another wedge in the growing rift between separatists and the rest of Ukraine. While the real reasons for the outage remain unclear, the most likely explanation is a payment dispute between the separatists and Vodafone.

Official statements did not mention that repair works had taken place for the network’s restoration. Vodafone spokeswoman Viktoria Ruban said on April 27 that services would return after a “technical monitoring” had been carried out.

The OSCE Monitoring Mission said that it had facilitated a trip of Vodafone employees to carry out “damage assessments” on April 25 and 26 to Donetsk and other separatist-controlled cities. This also matches a statement by Donetsk Communications “Minister” Viktor Yatsenko, who said on April 27 that Vodafone specialists had “audited” the state of the company’s hardware in Donetsk.

Vodafone has previously denied claims by the separatists that the severing of a cable near Olenivka south of Donetsk had caused the network failure and suggested that the real issue was that the “DNR” was demanding electricity payments for the base stations (see Newsletter 26).

Whether any such payments have been made in the meantime is unclear. However, restoring Vodafone has been a regular issue at the OSCE-sponsored Minsk talks between Separatists, Ukraine and Russia, which have solved payment issues, e.g. for water supplies, before.

However, the network is clearly in bad shape since Vodafone has not been able to carry out maintenance work at its base stations in separatist-held areas for four years. Numerous users said on social networks that coverage remained patchy. Company spokeswoman Ruban said that coverage will return only in those places that have working equipment: “The question is for how long ... let’s hope that reason prevails”.

The separatists have undoubtedly profited because Vodafone’s absence caused skyrocketing demand for their own “Phoenix” mobile operator. Phoenix, which “DNR” authorities established by using infrastructure left behind by the Ukrainian provider “Kyivstar”, added more than 560,000 users since the beginning of the year, boosting overall user numbers to 1.2 million, according to Yatsenko’s “ministry”, which is running the provider.

Ukrainian analysts have suggested that “Phoenix” SIM card sales generated up to 60 million roubles (787,000 euros) for the separatists during January and February. Yatsenko said in March that Vodafone’s local revenues had amounted to 150 million per month (he did not name a currency) and that this money was now staying inside the “People’s Republic”.

However, “Phoenix” suffers from serious capacity limitations that seriously undermines its ability to compete with Vodafone. This has led to speculation that the decision to let Vodafone return was made in order to remove pressure from Phoenix and allow it to improve quality.

Also unclear is why Vodafone remained cut off just in the Donetsk “People’s Republic”. Network coverage in the Luhansk “People’s Republic” was restored eight days after the January 11 outage and has been functioning since, albeit with temporary disruptions. This despite the fact that the situation in the “LNR” is very similar to that in the “DNR”—Vodafone is the only properly functioning network, while the “Lugakom” operator is run by the de-facto separatist authorities using infrastructure abandoned by Ukrainian providers.

This does not bode well for the future. The past months have shown that the separatists can switch off mobile coverage at any point. They could even seize Vodafone’s equipment and put it under “external management” like they did with most Ukrainian-run firms last year—something that “DNR” leader Alexander Zakharchenko already threatened to do on January 15.

Spies, foreign agents and explosive devices

While mostly unaffected by the Vodafone saga, the Luhansk separatists claimed over the May Day holiday that Ukraine had attempted to disrupt the “People’s Republic’s” internet and mobile phone connections. The Luhansk State Security “Ministry” said on Tuesday, May 1, that it had prevented a massive act of sabotage by discovering an explosive device at an optical fibre cable near Krasnodon (a city close to the border with Russia), and accused Ukrainian agents of planting it.

The claim was repeated on Wednesday by “LNR” leader Leonid Pasechnik, who said in comments carried by the separatists “state TV” that the prevented plot was part of Kiev’s plans to attack the “republic”. Neither Pasechnik nor the “Ministry”, which was headed by Pasechnik before he assumed the “LNR” top post in November, presented any substantial evidence for this claim.

Better known by its Russian acronym MGB, the Luhansk Security “Ministry” traditionally focuses on parading purported Ukrainian spies and publishing “evidence” about soldiers from NATO countries taking part in the military campaign against the separatists.

Thus, on April 17, it published what it said were the names and passport numbers of seven soldiers from Norway, Canada, Latvia and Denmark, who had trained Ukrainian special forces to carry out sabotage operations on “LNR” territory. On March 30, it published a video of a man, who it said had turned himself over from the Ukrainian Armed Forces and who claimed that instructors from Britain, France and the US were training Ukrainian special forces.

The Luhansk MGB also claimed that Ukrainian sabotage groups were preparing to assassinate Pasechnik and his Donetsk colleague Zakharchenko. Their training was being carried out at a private camp in Ukraine’s Zaporizhzhya Region under the leadership of a Georgian national, ministry spokeswoman Yevgenia Lyubenko said in a statement published on April 14.

While the Donetsk separatists made fewer sensational claims, the Donetsk MGB in early March published a bizarre account about a cactus grower turned Ukrainian spy. In a video confession, a man who introduces himself as Yury Shapovalov, declares that he spread “destabilizing information” on Twitter and warns everybody inside the “DNR” not to publish any information about the location of military hardware.

Ukrainian media were quick to uncover Shapovalov's Twitter feed, which ostensibly consists solely of Tweets about a Donetsk-based cactus fan group, and identified Shapovalov as an employee of the city's botanical gardens. If convicted, Shapovalov faces up to 20 years in prison.

These and similar cases show that the separatists in Luhansk and Donetsk continue their practice of arresting civilians and using them in their propaganda war effort without fair trial (see our Annual Report 2017, p 7).

Few signs of recovery

One year after the separatists seized the remaining large enterprises in the areas they control in response to a wide-ranging trade blockade initiated by Ukrainian activists, there are still few signs of economic recovery or the much touted "reorientation" to Russia.

Instead, the "DNR", where the bulk of industrial assets is located, conducted a public discussion campaign about the "republic's" future strategy. Residents were asked to submit their suggestions online until May 7.

Unsurprisingly, the campaign, headed by "DNR" leader Zakharchenko, was accompanied by comments from experts who support the "People's Republic's" drive towards Russia. Thus, the official Donetsk News Agency on May 2 quoted an agriculture expert as saying that integration with Russia is the only way forward.

When reporting on the economy, separatist media often carried Soviet-style propaganda, like this report that 15 workers of the Donetsk Metallurgy Plant have joined the ranks of the "Donetsk Republic" movement, the "DNR" de-facto ruling party. Detailed reports about rising output or even profits are rare, despite the highly streamlined content of the official "DNR" and "LNR" news outlets.

"DAN" reported in late April that the former "Nord" refrigerator plant in Donetsk, renamed "Donfrost", plans to increase production from 70,000 in 2017 to 120,000 this year. However, it did not mention that "Nord" had an annual output of more than 300,000 units before the war. The report also did not say on what basis the refrigerators would be manufactured in Donetsk.

Plant director Konstantin Klimov has said that more than 90 per cent of the output will be sold in Russia, and that some 60 per cent of the workforce had left since the war.

The "DNR" also announced in April that tramway production is restarting in the Donetsk Electrotechnical Plant (DEZ) and that the first car will hit the rails in July. When the separatists said last year that the first passenger busses had been assembled in the "DNR", it turned out that the vehicles were really produced in Russia and had been sent to Donetsk for final fittings (see Newsletter 23).

"DNR"-leader Alexander Zakharchenko on April 26 again admitted that his "republic" is facing a shortage of skilled labour by announcing a "cadre reserve" for top jobs in both industry and public administration.

In addition, rumours of a fuel shortage began in April, when a prominent Donetsk separatist "parliament" member predicted that supplies of diesel fuel will run out at the end of the month. The deputy, Yevgeny Orlov, claimed on April 18 that the shortage had arisen because Russian refineries have less incentives to produce diesel when the oil price rises and because of higher Russian licensing costs.

The director of the separatist fuel monopoly denied that there was a diesel deficit. Three days after Orlov's comments, on April 21, the "Svobodny Donbass" movement, which is led by Orlov, was forced to cancel a convention in Donetsk, reportedly because firemen were holding exercises in the conference hall.

"Svobodny Donbass" (Free Donbass) functions as a loyal but quasi-opposition party in the "DNR". It was co-founded by Pavel Gubarev, who declared himself "people's governor" when he led the first separatist protests in Donetsk and 2014 and who has sometimes disagreed with Zakharchenko.

Quelle: <<http://www.civicmonitoring.org/developments-in-dnr-and-lnr-01-december-2017-04-february-2018-newsletter-26/>>

Kampfhandlungen und Düsternis – Übersetzerbuchpreis für Donbass-Roman

Am 15. März 2018 wurden Sabine Stöhr und Juri Durkot mit dem 14. Preis der Leipziger Buchmesse ausgezeichnet – für die Übersetzung von Serhij Zhadans Roman *Internat* über den Krieg im Donbass. Die Ukraine-Analysen stellen Roman und Übersetzung kurz vor.

Zhadans Roman

Der Roman des ukrainischen Schriftstellers, der 1974 in der Nähe von Luhansk geboren wurde und heute in Char-kiw lebt, spielt im Januar 2015. Serhij Zhadan erzählt vom jungen Lehrer Pascha, der versucht, seinen 13-jährigen Neffen aus dem Internat am anderen Ende der Stadt nach Hause zu holen, nachdem die Schule unter Beschuss geraten ist. Er braucht einen ganzen Tag, um den Ort zu durchqueren. Das zivile Leben ist zusammengebrochen, die vertraute Umgebung – unheimliches Territorium. Auf dem Heimweg geraten Pascha und sein Neffe in unmittelbare Nähe der Kampfhandlungen.

Die Originalausgabe des Romans erschien im Jahr 2017 unter dem Titel *Internat* im Verlag Meridian Czernowitz in Kiew. In der Übersetzung von Sabine Stöhr und Juri Durkot ist Zhadans Roman 2018 im Suhrkamp Verlag erschienen (hier eine Leseprobe: <<http://www.suhrkamp.de/download/Blickinsbuch/9783518428054.pdf>>).

Die Auszeichnung

Die Jury der Leipziger Buchmesse begründete die Auszeichnung der Übersetzerin Sabine Stöhr und des Übersetzers, Publizisten und Produzenten Juri Durkot folgendermaßen:

»Es ist Winter, ein Winter mit Schnee, der ›blau-rosa‹ aussieht, einem Abendhimmel, der ›aus tiefen Poren dunkelt‹, während über der Bahnstation ein ›feuchter Signalton‹ hängt und die Sonne untergeht und nichts als Kälte herrscht. Kälte und Kampfhandlungen, denn der von Sabine Stöhr und Juri Durkot so prägnant und packend aus dem Ukrainischen übersetzte und im Deutschen einfühlsam ausgelotete Roman *Internat* erzählt von einem fast vergessenen Krieg. Dem Krieg im äußersten Osten der Ukraine. Dass Zhadans großartiger Roman auch in der Übersetzung eine enorme Wucht entwickelt, liegt nicht nur am Sujet und der eigentümlichen, hyperwachen Stimmung, sondern auch an den kaskadenartigen Satzketten, die im Deutschen einen drängenden Erzählrhythmus erzeugen, und an der Sprache. In Sabine Stöhrs und Juri Durkots Übertragung entfalten die dichten Beschreibungen eine große Kraft. Lebendiger als in diesem Roman kann man vom Krieg nicht erzählen, lebendiger kann eine Übersetzung nicht sein. Sabine Stöhrs und Juri Durkots Schattierungen der Düsternis sind von großer Schönheit.« (siehe <<http://www.preis-der-leipziger-buchmesse.de/de/Preistraeger/Sabine-Stoehr-Juri-Durkot/>>)

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Krim

Von Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin)

Der folgende Beitrag der Wissenschaftlichen Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) Gwendolyn Sasse wurde am 16.03.2018 auf der Website von dekodeer veröffentlicht.

Einleitung

Es war kein Zufall, dass die russische Präsidentschaftswahl 2018 am 18. März stattfand. Dieses Datum verbindet sich mit dem Schlüsselereignis der dritten Amtsperiode von Wladimir Putin: der Annexion der Krim. An diesem Tag formalisierte Putin den Anschluss der Krim an die Russische Föderation, der die Besetzung der Halbinsel durch russische Sondertruppen und ein sogenanntes Referendum unter russischer Kontrolle vorangegangen waren. Auf der Krim setzte Putin einen im Detail vorbereiteten Plan um, für den sich im Kontext des ukrainischen Euromaidan – Massendemonstrationen, die zu einem Machtwechsel in Kiew führten und die Westorientierung der Ukraine bestärkten – die Gelegenheit ergab.

Die militärische Aktion und Russlands Verletzung des Völkerrechts, das von der Souveränität und territorialen Integrität eines Staates ausgeht, überraschten nicht nur die westliche Politik, sondern auch die Bevölkerung der Krim und Russlands. Die USA und die EU reagierten mit Sanktionen. Dieses Sanktionsregime ist im Zuge des Krieges in der Ostukraine noch verstärkt worden.

Dieser Krieg, in dem Russland lokale Separatisten im Donbass unterstützt, hat die Krimthematik zunehmend überschattet. Auch wenn die offizielle Politik westlicher Staaten weiterhin auf der Nichtanerkennung der Annexion der Krim beruht, so geht dies einher mit der Einschätzung, dass sich am derzeitigen Status quo in nächster Zeit wenig ändern wird. Diese Haltung lässt das Thema somit nicht zur Priorität werden.

Dieser politische Kontext ist ein wichtiger Teil der Erklärung dafür, warum im Rückblick die Konturen der Ereignisse von 2014 verschwimmen und auch in der deutschen Berichterstattung und Öffentlichkeit bedenkliche Schlussfolgerungen möglich sind. Die Krim-Annexion war, anders als mitunter behauptet, nicht das Resultat einer Mobilisierung der Krimbevölkerung für einen Anschluss an Russland, und die Krim war auch nicht »schon immer Teil Russlands«, was der Annexion den Anschein einer historischen Berechtigung verleiht.

Zugehörigkeit der Krim

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre gab es auf der Krim politische Gruppierungen, die für die Unabhängigkeit der Krim beziehungsweise einen Anschluss an Russland eine Mehrheit der regionalen Bevölkerung mobilisieren konnten. Diese Bewegung scheiterte an inneren Spaltungen und an ihrer Unfähigkeit, auf die realen sozioökonomischen Probleme der Region einzugehen. Dazu kam noch die bewusste Entscheidung des damaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin, die Zugehörigkeit der Krim zum postsowjetischen ukrainischen Staat nicht in Frage zu stellen – das Interesse an einem guten Verhältnis zum Westen war wesentlich höher (Sasse 2007). Die regionale Mobilisierung auf der

Krim mündete letztendlich in einen schwachen, durch seine sichtbare Institutionalisierung in der ukrainischen Verfassung jedoch symbolisch bedeutsamen Autonomiestatus der Krim.

Auch wenn russische Politiker wie zum Beispiel der ehemalige Moskauer Bürgermeister Juri Luschkow, seitdem mitunter versuchten, mit Blick auf ihre Wählerschaft in Russland die Krimthematik politisch zu instrumentalisieren, gab es bis 2014 keine breitere Mobilisierung auf der Krim. Die wirtschaftliche Entwicklung der Region stagnierte, der kleine, durch die Krimverfassung definierte Spielraum der Autonomie blieb ungenutzt. Die Integration der seit dem Ende der Sowjetunion zurückgekehrten Krimtataren, die von Stalin nach Zentralasien und Sibirien deportiert worden waren, wurde nicht zur Priorität Kiews, aber am politischen Wahlverhalten gemessen war die Region fest in den Südosten der Ukraine integriert.

Chruschtschows Geschenk

Die inzwischen weit verbreitete, zu wenig hinterfragte These des historischen Anspruchs Russlands auf die Krim ist das Resultat einer höchst selektiven Interpretation der Geschichte. Das russische Narrativ der »russischen Krim« leitet sich ab aus der Zeit von 1783, der Eroberung der Krim durch Zarin Katharina der Großen, bis 1954, dem vermeintlichen Geschenk Chruschtschows an die ukrainische Sowjetrepublik. Die Tatsache, dass die Krim vor 1783 jahrhundertlang unter krimtatarischer und osmanischer Herrschaft war, wird in der russischen Geschichtsschreibung ausgeblendet und ist im Westen einfach zu wenig bekannt. Darüber hinaus hält sich das stark simplifizierende Bild des

Transfers der Krim als Chruschtschows persönliches Geschenk an die Ukraine im Rahmen der 1954 gefeierten »brüderlichen« russisch-ukrainischen Beziehungen (eine sowjetische Interpretation des Perejaslaw-Vertrags von 1654, in dem sich die Kosaken unter Hetman Bohdan Chmelnyzkyj durch einen Treueeid den Schutz des russischen Zaren Alexej I. sicherten). Archivdokumente zeigen, dass Chruschtschow zwar eine zentrale Rolle beim territorialen Transfer der Ukraine zukommt, dass er jedoch nicht in einer politisch derart gefestigten Position war, die eine alleinige Entscheidung erlaubt hätte, und dass wirtschaftliche Gründe eine wichtige Rolle bei der Entscheidung spielten. Der Symbolgehalt von 300 Jahren Perejaslaw wurde hingegen erst im letzten Moment hinzu addiert (Sasse 2007).

Narrativ der »russischen Krim«

Das russische Narrativ des *Krimnasch* (»Die Krim gehört uns«), das Kontinuität auf die facettenreiche Geschichte der multiethnischen Krim projiziert, speist sich aus einer selektiven Geschichtsschreibung. Die Region spielt dabei vornehmlich eine Symbolfunktion, die bereits in der Zarenzeit geprägt, in der Sowjetunion umgewidmet und in der postsowjetischen Zeit wiederbelebt wurde. Die Grenzen zwischen Mythen und Fakten sind hierbei fließend. Die Krim ist die Region mit einem subtropischen Klima an der Südküste, die viele an die südeuropäischen Länder, vor allem an Italien und Griechenland erinnert, und in der die russische Zarenfamilie und Aristokratie (nicht nur aus Russland) Urlaub machte. Die Region ist fest in der russischen Literatur und Kunst des 19. und frühen 20. Jahrhunderts verankert. Puschkin, Tolstoi und Tschechow gehören zu den prominentesten Autoren, die die Krim in ihren Gedichten und Erzählungen verewigten. Die Krim wurde schließlich zum sowjetischen Urlaubsparadies der Arbeiterklasse, Pioniere und Parteionomenklatura umdefiniert.

Um die Krim ranken sich zahlreiche, von verschiedenen Völkern geprägte Legenden und Mythen. Viele Küsten- und Bergformationen tragen bildhafte krimtatarische Namen. Diese haben die Zeit der krimtatarischen Deportation überlebt und sind (wie beispielsweise der Berg Ai-Petri, ein beliebtes Touristenziel in der Nähe von Jalta) bis heute ein fester Bestandteil der regionalen Identität.

Am Beispiel der Krim gelang sowohl dem zaristischen Russland als auch dem sowjetischen Regime die Umdeutung verlustreicher Schlachten – während des Krimkriegs Mitte des 19. Jahrhunderts und während des Zweiten Weltkriegs – in russische beziehungsweise russisch-sowjetische Heldentaten. Die Präsenz der Schwarzmeerflotte vor der Küste Sewastopols, die nach 1991 zum Streitpunkt zwischen Russland und

der Ukraine wurde und nach langen Verhandlungen Ende der 1990er Jahre unter Verrechnung ukrainischer Schulden für Energielieferungen aus Russland aufgeteilt wurde, symbolisiert diesen Teil der Geschichte.

Die Stadt Chersones in der Nähe von Sewastopol gilt als die Wiege der russisch-orthodoxen Zivilisation – seit 2014 ist die mutmaßliche Taufe von Großfürst Wladimir in Chersones Ende des 10. Jahrhunderts erneut zu einem wichtigen Bezugspunkt geworden.

Terra incognita

Seit der Annexion der Krim durch Russland ist die Krim für westliche Beobachter und UkrainerInnen ohne familiären Bezug zur Krim weitgehend zur Terra incognita geworden. Der ukrainische Staat erlaubt den Zugang zur Region nur in einem streng definierten gesetzlichen Rahmen, und die Einreise in die Region über Russland stellt einen Verstoß gegen ukrainisches Gesetz da. Aus den Berichten derer, die die Krim seit 2014 verlassen haben – Schätzungen zufolge etwa 40.000 bis 60.000 Menschen, darunter mindestens zur Hälfte Krimtataren (<<https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2016/crimea>>) – und aus den Berichten krimtatarischer und Menschenrechtsorganisationen sowie einiger weniger westlicher JournalistInnen, lässt sich das Ausmaß der in erster Linie gegen die krimtatarische Bevölkerung gerichteten Repressionen ablesen. Außerdem ist ein Wandel von einer von Russland geschürten Hochstimmung 2014 in eine eher abwartende Haltung erkennbar.

Das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) führte von März bis Mai 2017 mit Hilfe eines internationalen Dienstleisters und ausgebildeten lokalen Interviewern eine repräsentative Umfrage durch, um einen Einblick in die Stimmung und das Alltagsleben auf der Krim zu bekommen (Sasse 2017). Die derzeitige Lage auf der Krim entspricht nicht den soziologischen Idealbedingungen für eine Umfrage. Dennoch kann die Schlussfolgerung nicht sein, gar nicht zu versuchen, die Stimmen der betroffenen Menschen hörbar zu machen. Die Umfrage des ZoIS versteht sich als ein Beitrag dazu, die Situation auf der Krim im öffentlichen Diskurs präsenter zu machen. Dieser Umfrage zufolge ist unter der Krimbevölkerung eine Orientierung nach innen festzustellen. Die Kontakte der Krimbevölkerung zum Rest der Ukraine sind fast vollständig unterbrochen. Eine schon immer stark ausgeprägte regionale Identität (*krymčanin* = »Krimbewohner«) wurde durch die Ereignisse von 2014 noch gestärkt. Die ZOiS-Umfrage zeigt in diesem Zusammenhang, dass nur 6 beziehungsweise 1 Prozent der Befragten Russland beziehungsweise die Ukraine als ihr Zuhause begreifen. Zugleich haben die Menschen auf der Krim ein

sehr geringes Vertrauen in die lokalen und regionalen politischen Institutionen. Die Umfrage veranschaulicht darüber hinaus das Ausmaß sozialer und wirtschaftlicher Nöte der Bevölkerung.

Nach der Präsidentschaftswahl am 18. März 2018 hat der Kreml die Wahlbeteiligung und die Zustim-

mung für Putin auf der Krim als eine Art zweites Referendum über die Zugehörigkeit der Krim zu Russland dargestellt. Damit schrieb er eine neue Seite in die mythenumwobene Geschichte der Halbinsel.

Über die Autorin:

Gwendolyn Sasse ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin und Professorin für Vergleichende Politik an der Universität Oxford.

Im Text zitierte Literatur:

- Gwendolyn Sasse: *The Crimea Question: Identity, Transition, and Conflict*, Cambridge 2007.
- Freedom House: *Crimea*, <<https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2016/crimea>>
- Gwendolyn Sasse: *Terra Incognita: The Public Mood in Crimea*, ZOiS Report 3/2017.

Das Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <<https://www.dekoder.org/de/gnose/krim>>.

dekoder übersetzt unabhängige russische Medien und verlinkt die Artikel mit erläuternden Sachtexten von Wissenschaftlern. Die Redaktion der Ukraine-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder und Gwendolyn Sasse für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

23. April – 6. Mai 2018

23.04.2018	Die Ratingagentur Standard and Poor's belässt das Rating der Kreditwürdigkeit der Ukraine bei B-/B mit der Prognose »stabil«. In der Begründung heißt es, unter anderem die Schwäche der ukrainischen Wirtschaft und die Korruption auf verschiedenen Verwaltungsebenen hätten bei der Beurteilung eine Rolle gespielt. Die Staatsverschuldung gehe zurück, sei aber nach wie vor auf einem hohen Niveau.
23.04.2018	Die NGO Zentrum für Bekämpfung von Korruption reicht Klage gegen die Generalstaatsanwaltschaft ein. Sie wirft der Behörde vor, mit Spots in Radio und Fernsehen für die eigene Arbeit zu werben. Die Spots waren unter anderem im Fernsehsender 1+1 gezeigt worden, der sie gemäß Auftrag des Nationalen Rundfunkrates im Rahmen der Quote für kostenfreie »soziale Werbung« gezeigt hatte. Das Zentrum für Bekämpfung von Korruption erklärt, es handle sich nicht um soziale, sondern um politische Werbung. Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft hatten zuvor angegeben, nichts mit der Verbreitung der Spots zu tun zu haben. Danach hatte eine andere Antikorruptionsorganisation erklärt, die Spots produziert zu haben.
24.04.2018	Oleksandr Tretjakow, Abgeordneter des Blocks Petro Poroschenko, erklärt, seit Beginn der sogenannten »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee im Donbass hätten über 1.000 ehemalige Teilnehmer an der Operation Suizid begangen.
24.04.2018	Die Spezielle Antikorruptionsstaatsanwaltschaft und das Nationale Antikorruptionsbüro ermitteln gemeinsam gegen den Bürgermeister von Odessa, Gennadi Truchanow. Die BBC hatte unter Berufung auf die sogenannten »Paradise Papers« berichtet, Truchanows Familie besitze eine Luxuswohnung in London und sei Teil einer kriminellen Vereinigung, woraufhin Truchanow am Folgetag vehement widersprach. Truchanow war am 14. Februar 2018 festgenommen und am Tag darauf gegen eine Bürgschaft freigelassen worden. Ein Kiewer Gericht hatte seine Entlassung aus dem Amt, die von der Staatsanwaltschaft gefordert worden war, abgelehnt.
24.04.2018	Der Abgeordnete und Anteilseigner des Turbinenherstellers Motor Sitsch, Wjatscheslaw Bohuslajew, wirft der Regierung Vorbereitung einer illegaler Übernahme vor. Am Vortag hatte der Inlandsgeheimdienst SBU das Unternehmen wegen des Verdachts auf Vorbereitung von Spionage durchsucht.
25.04.2018	Im jährlichen Länderranking der Organisation Reporter ohne Grenzen bleibt die Position der Ukraine im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Sie liegt auf Platz 101 von 180 beurteilten Ländern.
25.04.2018	Die Abgeordnete der rechtsradikalen Partei Freiheit im Stadtparlament von Lwiw Mariana Batjuk wird von ihrem Posten als stellvertretende Direktorin einer Schule in Lwiw entlassen. Grund hierfür ist ein Post auf ihrer Facebook-Seite vom 20. April 2018, in dem sie Adolf Hitler einen »großen Menschen« nennt. Batjuk hatte erklärt, ihr Account sei gehackt worden, hatte IT-Spezialisten jedoch keinen Zugang zu ihrem Account gewährt, um ihre Aussagen überprüfen zu lassen. Sie kündigt an, gegen die Entlassung Beschwerde einzulegen.
26.04.2018	In Reaktion auf eine Äußerung des Abgeordneten Oleksandr Tretjakow vom 24. April 2018 legt Militärstaatsanwalt Anatolij Matjus die offiziellen Zahlen zu Suiziden unter Soldaten vor. Tretjakow hatte erklärt, mindestens 1.000 Teilnehmer an der »Anti-Terror-Operation« hätten Suizid begangen. Laut Matjus haben sich seit Beginn des Krieges in der Ostukraine mindestens 554 Soldaten das Leben genommen.
26.04.2018	In einer Umfrage der Agentur Rating erklären 8,8 Prozent der Befragten, dass sie für Julia Timoschenko stimmen würden, wenn in der kommenden Woche Präsidentschaftswahlen wären. Mit 6,6 Prozent kommt Anatolij Hryzenko, Vorsitzender der Partei Bürgerliche Position, auf Platz zwei. Es folgt Juri Boiko vom Oppositionsblock mit 6 Prozent. Präsident Petro Poroschenko liegt mit 5,5 Prozent auf Platz vier. Werden nur die Stimmen derjenigen gewertet, die beabsichtigen, zur Wahl zu gehen, erhält Julia Timoschenko 14,2 Prozent, Hryzenko 10,9 Prozent, Boiko 9,4 Prozent und Poroschenko 9,3 Prozent.

27.04.2018	Ein Londoner Schiedsgericht urteilt in einem Streit zwischen dem Unternehmer Ihor Kolomojskyj und dem Staatskonzern Naftogaz. Kolomojskyj hält Anteile des Konzerns Ukrnafta, der mehrheitlich Naftogaz gehört. Das Gericht entscheidet, dass eine Vertragsklausel, nach der Kolomojskyj berechtigt sei, fünf der zwölf Aufsichtsratsmitglieder und den Vorsitzenden zu bestimmen, ungültig ist.
28.04.2018	Das Ministerkabinett beschließt Ausnahmen für Vergünstigungen beim Bezug von Strom und Gas. So sollen Personen, die einer nicht angemeldeten Beschäftigung nachgehen, von den Vergünstigungen ausgeschlossen werden, ebenso wie Familien, die in Wohnungen mit einer Fläche von über 120 Quadratmetern oder in Häusern mit über 200 Quadratmetern Fläche wohnen. Ausnahmen gibt es für kinderreiche Familien. Auch neue Autos werden in Zukunft angerechnet. Ein Vertreter des Ministeriums für Sozialpolitik erklärt, ab der nächsten Heizperiode würden aufgrund der neuen Regelungen etwa 15 bis 20 Prozent weniger Menschen Vergünstigungen erhalten.
29.04.2018	Filaret, der Kiewer Patriarch der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche, wendet sich in einem offenen Brief an die Staaten des Minsker Abkommens sowie an EU, USA, UN und OSZE und fordert die internationale Gemeinschaft auf, das Verbot der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche auf den von Separatisten kontrollierten Gebieten im Donbass nicht zuzulassen. Dort waren zuvor Beschlüsse ergangen, nach denen sich alle Religionsgemeinschaften binnen eines Monats gemäß den »Gesetzen« der »Volkrepubliken« registrieren lassen müssen. Ansonsten würden sie ihr Recht auf Eigentum und Land verlieren, die Kirchenvertreter würden ausgewiesen werden. Filaret weist darauf hin, dass eine Registrierung in den »Volksrepubliken« gegen geltendes ukrainisches Recht verstoßen würde.
30.04.2018	Präsident Petro Poroschenko beendet offiziell die »Anti-Terror-Operation« im Donbass und leitet die »Operation der Vereinigten Kräfte« ein. Gemäß Erlass hat die neue Operation der Armee die »Abwehr und Einhegung der russischen Aggression in den Regionen Donezk und Luhansk« zur Aufgabe. Die Umformung des Armeeeinsatzes geschieht auf Grundlage des im Januar 2018 erlassenen Gesetzes zur Reintegration der von Separatisten kontrollierten Teile des Donbass.
30.04.2018	Nach Angaben von Radio Free Europe/Radio Liberty bestätigt ein Sprecher des US-Außenministeriums, dass Panzerabwehrraketen vom Typ Javelin aus den USA in die Ukraine geliefert worden seien. Präsident Petro Poroschenko bestätigt später den Eingang der Lieferung.
30.04.2018	Eine Gruppe Unbekannter greift den Abgeordneten Mustafa Najem an, dieser wird verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft habe einer der Täter zwei Stunden nach dem Angriff die Ukraine per Flugzeug in Richtung Aserbaidshan verlassen.
02.05.2018	Nach Angaben der New York Times behindert die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft die Ermittlungen in der Ukraine gegen Paul Manafort, früher Wahlkampfstrategie von US-Präsident Donald Trump und zuvor auch Berater des ehemaligen Präsidenten der Ukraine Wiktor Janukowytsch. In den USA wird Manafort von Sonderermittler Robert Mueller vorgeworfen, in Geldwäsche und Betrug verwickelt zu sein. Die New York Times zitiert einen Abgeordneten des Blocks Petro Poroschenko, der erklärt habe, die Ermittlungen der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft gegen Manafort würden absichtlich zurückgehalten, um US-Präsident Trump nicht zu verärgern. Die Maßnahme stehe im Zusammenhang mit dem Kauf von Panzerabwehrraketen aus den USA, auf die die Ukraine angewiesen sei. Ein Stellvertreter des Generalstaatsanwalts erklärt am Folgetag, es gebe keine Probleme bei der Zusammenarbeit der Generalstaatsanwaltschaft mit den amerikanischen Behörden.
02.05.2018	Der Nationale Sicherheitsrat verlängert die Sanktionen gegen russische Personen, die mit den Wahlen auf der annektierten Krim oder der russischen Intervention im Donbass in Verbindung gebracht werden. Er erlässt auf Geheiß des Ministerkabinetts, der Nationalbank und des Inlandsgeheimdienstes SBU außerdem neue Sanktionen gegen weitere Personen.
03.05.2018	Die Regierung benennt die staatlichen Betriebe, die im Jahr 2018 privatisiert werden sollen. Dazu gehören einige regionale Energieunternehmen sowie einige Industriebetriebe. Insgesamt handelt es sich um 26 Objekte.

03.05.2018	Nach Angaben von Innenminister Arsen Awakow leitet die Polizei in Odessa ein Ermittlungsverfahren wegen antisemitischer Äußerungen ein. Anlässlich des Jahrestages der Ausschreitungen in Odessa am 2. Mai 2014 hielten Nationalisten eine Demonstration ab, bei der Aktivisten des rechtsradikalen Rechten Sektors für die Zukunft des Staates eine »ukrainische Ordnung« ohne »Juden und Oligarchen« gefordert hatten. Nachdem auch die US-Botschaft die Aussagen kritisiert hatte, erklärt Präsident Petro Poroschenko am Folgetag, man werde entschlossen gegen Versuche vorgehen, Feindschaft gegen Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu anderen Religionen, Nationen oder Kulturen zu säen.
04.05.2018	Nachdem russische Grenzschrützer vor der Küste der Krim ein ukrainisches Fischerboot gestoppt und seine Besatzung festgenommen haben, sendet das Außenministerium eine Protestnote nach Moskau, in der es die Freilassung der Fischer fordert.
05.05.2018	In Aserbaidtschan wird einer der vier Männer festgenommen, die verdächtigt werden, am 30. April 2018 in Kiew den Abgeordneten Mustafa Najem angegriffen und ihm Verletzungen am Kiefer sowie eine Gehirnerschütterung zugefügt zu haben. Die Ermittler gehen nicht von einem Zusammenhang mit Najems politischer Tätigkeit aus. Die drei anderen mutmaßlich Beteiligten wurden bereits festgenommen.
06.05.2018	Gennadi Kernes, Bürgermeister von Charkiw, ordnet die Bewachung von Denkmälern und Ehrengräbern für Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges an. In der vorangegangenen Nacht hatten Unbekannte die Büste eines sowjetischen Generals von ihrem Sockel gestoßen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Heiko Pleines (verantwortlich) und Katharina Hinz
 Sprachredaktion und Übersetzungen: Sophie Hellgardt
 Chronik: Jan Matti Dollbaum
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

